NAHER OSTEN/NORDAFRIKA 14.06.2016 | Lars Hauch

Abtauchen geht nicht

Der Westen kann in Syrien nicht „nicht intervenieren“.

Der Krieg in Afghanistan, der Einmarsch in den Irak, der NATO-Einsatz in Libyen – die Interventionen im 21. Jahrhundert haben in den westlichen Gesellschaften zu Ernüchterung geführt: Die Eingriffe von außen kosten zusätzliche Menschenleben, verschlingen enorme finanzielle Mittel und können vorhandene Instabilität befeuern. Offenbar lässt sich Demokratie nicht exportieren. Beruhend auf diesen Erkenntnissen mehrt sich die Kritik an der postulierten neo-kolonialen Politik des Westens. Gefordert wird, die Einflussnahme zu unterbinden: Das betrifft sowohl direkte militärische Interventionen und Waffenlieferungen an bestimmte Akteure als auch deren politische und finanzielle Unterstützung.

Bezogen auf den Syrien-Krieg ist die Position der Interventionsgegner eindeutig: Der Westen, vor allem die USA, habe das Regime von Baschar al-Assad schon lange im Visier gehabt. Gemeinsam mit den Golf-Monarchien und der Türkei habe man islamistische Gruppierungen erstarken lassen, welche gegen seine legitime Regierung kämpften und die Errichtung einer Theokratie planten. In diesen Turbulenzen sei es schließlich den Dschihadisten des „Islamischen Staates“ (IS) und der Al-Nusra-Front, des syrischen al Qaida-Ablegers, gelungen, sich zu etablieren. Eine Lösung für den Konflikt könne nur das syrische Volk selbst finden, weshalb die Unterstützung verschiedener Akteure im Land eingestellt werden müsse.

Das Credo: „Keine Intervention, keine Einmischung“ – ein Politikansatz, der sich jedoch nicht umsetzen lässt. Ähnlich wie Paul Watzlawick es für zwischenmenschliche Kommunikation formulierte („Man kann nicht nicht kommunizieren“), verhält es sich mit dem Syrien-Krieg. Nicht bewusst einzugreifen, ist lediglich eine passive Form der Intervention. Denn der Krieg ist internationalisiert, eine endogene Lösung somit illusorisch. Ohne den direkten Eingriff Russlands, des Irans und der libanesischen Hisbollah könnte sich das Assad-Regime längst nicht mehr halten. Ebenso wären die verschiedenen Oppositionsgruppen ohne die Unterstützung der USA, der EU, der Türkei und der Golf-Monarchien hoffnungslos unterlegen. Es gäbe nicht die Pattsituation, die

derzeit zu beobachten ist. Der diplomatische Prozess in Genf ist abermals gescheitert. Die generelle Absage des syrischen Präsidenten an einen politischen Übergangsprozess verhindert jeglichen Dialog. In Genf ist es nicht einmal zu direkten Gesprächen zwischen Vertretern des Regimes und dem Obersten Verhandlungskomitee – der Rebellen-Oppositionsdelegation – gekommen.

Ähnlich wie Paul Watzlawick es für zwischenmenschliche Kommunikation formulierte („Man kann nicht nicht kommunizieren"), verhält es sich mit dem Syrien-Krieg.

Der Ende Februar 2016 zwischen den USA und Russland ausgehandelte relative Waffenstillstand besteht nur noch auf dem Papier. Die Al-Nusra-Front konnte sich den militärischen Druck auf die Opposition, ermöglicht durch Russlands direkte Intervention und Irans Entsendung von Truppen, zu Nutze machen und das Bündnis aus islamistischen und national ausgerichteten Rebellen, Dschaisch al-Fatah, die Armee der Eroberung, wiederbeleben. Dschaisch al-Fatah hatte im Frühjahr 2015 in einer Blitzoffensive nahezu die komplette Provinz Idlib erobert und das alewitische Kernland in Latakia bedroht. Interne Konflikte führten später zur Auflösung des Bündnisses. Angeführt von den Dschihadisten gelang es der Opposition in den letzten zwei Monaten jedoch, große Teile des vom Assad-Regime im Frühjahr eroberten Territoriums zurück zu gewinnen.

Lückenfüller „Extremismus"

In einem derart internationalisierten Konflikt wie dem syrischen werden Lücken, wie sie durch die ausbleibende Unterstützung des Westens entstehen, gewiss gefüllt. Im Fall Syriens ist ein wesentlicher Lückenfüller unglücklicherweise Extremismus. Soll der Westen, sollen die USA die bewaffnete Opposition also weiterhin unterstützen? Befürworter argumentieren, die geringe Unterstützung für nicht-dschihadistische und islamistische Gruppen führe zu einer Erstarkung der radikalen Elemente, welche mittlerweile die Opposition dominierten. Diese Situation habe in den letzten Jahren dazu geführt, dass die Al-Nusra-Front sich im Nordwesten des Landes konsolidieren konnte und jüngst gar ein Vorstoß zur Schaffung eines Emirats erfolgte. Die Wahrnehmung vieler Syrer, trotz der allgegenwärtigen Luftangriffe auf zivile Ziele seitens des Regimes vom Westen im Stich gelassen zu werden, liefere außerdem dem

IS laufend neue Rekruten.

Die Gegner einer weiteren Unterstützung der bewaffneten Opposition argumentieren hingegen, so etwas wie „moderate“ Gruppen existierten nicht und das Banner der Freien Syrischen Armee sei lediglich ein Symbol, um internationale Legitimität zu gewinnen. Letztlich komme deshalb jegliche Unterstützung für die Opposition direkt den radikalen Elementen zu Gute, welche keine Alternative zum Regime Baschar al-Assads sein können. Folgt man der Argumentation der Gegner, verbietet sich jegliche Unterstützung für die Opposition: Man ersetze nämlich nur ein Unrechtsregime durch das nächste. In der Tat ist unabsehbar, wie die sunnitische Opposition sich entwickeln wird, welche Vorstellungen von Staatlichkeit sie verfolgt und ob westliche Konzepte von Staatlichkeit überhaupt auf Syrien anwendbar sind. Die Allgegenwart des Islams wird mit Sicherheit eine größere Rolle spielen. Der Islam hat jedoch viele Gesichter und ist nicht gleichbedeutend mit dem, was in den vom IS kontrollierten Gebieten geschieht.

Zwei Optionen

Es stellt sich also nicht die Frage, ob interveniert werden sollte, sondern lediglich wie interveniert wird. Bezogen auf die Unterstützung der syrischen Opposition ergeben sich zwei Optionen.

Option 1: Unterstützung der Opposition auf geringem Niveau beibehalten

Millionen Syrerinnen und Syrer fühlen sich nach Jahren andauernden Bombardements und zermürbender Belagerungen durch das Assad-Regime und seine Verbündeten von der „internationalen Gemeinschaft“ im Stich gelassen: Die Vereinten Nationen haben jüngst gar Pläne für Hilfslieferungen aus der Luft, die sogar mit russischer Unterstützung beschlossen wurden, auf Eis gelegt. Trotz der weit verbreiteten Ablehnung von Dschihadisten kann die Opposition nicht auf die militärischen Kapazitäten der Al-Nusra-Front verzichten. Der Status quo, ein geringes Unterstützungsniveau, wird die radikalen Elemente weiter stärken und die Gewalt anheizen.

Der Status quo, ein geringes Unterstützungsniveau,

Damit ist er Wind in den Segeln des vom Assad-Regime erwünschten Narrativs eines Kampfes gegen Terrorismus, wodurch jegliche diplomatische Initiativen weiterhin ins Leere laufen werden. Nicht zuletzt stellt die

wird die radikalen Elemente weiter stärken und die Gewalt anheizen.

Allgegenwart von Unsicherheit und Gewalt die wesentliche Existenzbedingung für den IS dar.

Option 2: Unterstützung für die Opposition intensivieren

Wegen der teilweise engen Verflechtung oppositioneller Gruppen wird Unterstützung für solche, die als „moderat" bezeichnet werden können, meist auch islamistischen Gruppen zu Gute kommen. So beinhaltet Fatah Halab, ein gemeinsames Kommando zahlreicher Gruppen in der Provinz Aleppo, beispielsweise sowohl die islamistische Ahrar al-Sham als auch die 13. Division der Freien Syrischen Armee, welche Panzerabwehrwaffen von den USA erhalten hat. Nicht profitieren werden jedoch die Dschihadisten der Al-Nusra-Front, die von weiten Teilen der Opposition äußerst kritisch betrachtet werden und ihre Unverzichtbarkeit verlieren, wenn ihre militärische Stärke nicht mehr überlebensnotwendig für die Regimegegner ist. Bewegungen wie Ahrar al-Sham mögen nicht dem Profil demokratieliebender Reformer nach westlicher Wunschvorstellung entsprechen. Derartige Gruppen sucht man in Syrien jedoch ohnehin vergeblich. Wichtig anzumerken ist, dass sich auf die internen Dynamiken und Entwicklungen der Gruppen durchaus Einfluss nehmen lässt. So ist Ahrar al-Sham eine äußerst komplexe Bewegung aus Teilen der syrischen Muslimbruderschaft, Salafisten und national ausgerichteten Dschihadisten, deren Hardliner es bedeutend einfacher haben, die Zusammenarbeit mit der Al-Nusra-Front voranzutreiben, wenn die militärische Situation die entsprechenden Sachzwänge beschert.

Tatsache ist, dass das gesamte Spektrum der syrischen Opposition eine Schlüsselrolle im Kampf gegen den IS einnimmt. Auch Gruppen, die gemeinhin als islamistisch bezeichnet werden, genießen Rückhalt in der sunnitischen Bevölkerung und sind bis dato die erfolgreichsten und erbittertsten Widersacher der Terrormiliz.

Keine einfachen Antworten

Die Unterstützung für die syrische Opposition einzuschränken, stellt keinen Schritt hin zu einem langfristigen Rückgang der Gewalt dar. Vielmehr liefert die aus dem bisherigen geringen Grad an Unterstützung entstandene Pattsituation eine wesentliche Grundlage für den Fortgang des Krieges auf unbestimmte Zeit. Auf der anderen Seite bleibt eine mögliche Intensivierung der Unterstützung unberechenbar und erscheint kritisch. Internationale Politik ermöglicht jedoch selten simple

Antworten. Die Regierungen der USA und ihrer NATO-Partner würden Realismus beweisen und ihrer Verantwortung gerecht werden, wenn sie anerkennen würden, dass der Krieg in Syrien sich nicht aussitzen lässt. Der Opposition die Mittel zu geben, um den Preis für das Assad-Regime und seine Verbündeten so hoch zu treiben, dass ernsthafte Verhandlungen in den Bereich des Möglichen rücken, könnte ein notwendiger Schritt sein.



Lars Hauch
London

Lars Hauch arbeitet als Wissenschaftler und politischer Berater für *Conflict Mediation Solutions*, ein auf Track-II-Diplomatie spezialisiertes Beratungsunternehmen in London.

12 LESERBRIEFE

Roberto schrieb am 13.06.2016

Sie haben Option 3 vergessen: Unterstützung der legitimen syrischen Regierung und der syrischen Streitkräfte, um Kräfte, die die säkulare Staatsordnung beseitigen wollen, zu zerschlagen und den Fortbestand eines liberalen Syriens zu sichern.

Uwe Miltsch schrieb am 14.06.2016

Roberto, ob das Assad-Regime die "legitime syrische Regierung" darstellt ist zu hinterfragen.
Unstrittig ist dieses Regime aber im Vergleich zu den islamischen Terror- und Raubmörderbanden das kleinere Übel für Europa.

Peter Panther schrieb am 14.06.2016

Ich kann dir das Haus anzünden und dann diskutieren, ob ich den Giebel einreissen soll, um Gafahr zu verringern oder warten, bis er von selbst fällt, was dann etwas länger dauert ...
Wir sollten aber nicht vergessen, wer den Brand gelegt hat und deshalb für die Folgen die Verant-
wortung trägt.

Peter Panther schrieb am 14.06.2016

Sie missbrauchen hier Watzlawick: Seinem Diktum entspräche die Aussage, dass sich der Westen in jedem Fall zum Konflikt verhält, auch wenn er seine

Unterstützung der Opposition einstellt, Nachdem er den Konflikt mit den sichtbaren Folgen angeheizt hat, die Büchse der Pandore geöffnet hat, gibt es keine Option mehr, die man als glücklich bezeichnen könnte. Eine Option wäre gewesen, die Konflikte der Region zu regeln - daran war aber bisher niemand interessiert.

Kowolski schrieb am 14.06.2016

Option 4 organisierte „Libanonisierung“ auf Dauer

Warum wird bei den Entwicklungen im Irak, Jemen, Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien eigentlich der Libanon als Dauerzustand vergessen ?
Wer von außen Kriegsparteien in Ländern innerhalb dieses Kulturkreises mit verschiedenen ethnischen und religiösen Bevölkerungsteilen unterstützt zerstört die bestehende staatliche Ordnung des Nationalstaates auf Dauer. Diese Länder können (konnten) nur mit einer starken Zentralmacht als Nationalstaaten funktionieren. Da diese Erkenntnis auch den Entscheidungsträgern der beteiligten Staaten bekannt sein dürfte ist die Produktion von „failed states“ ala Libanon offenbar die gewollte strategische Politik. Die Nutznießer dieser Politik

bestimmen offenbar die Richtlinien der Außenpolitik der Unterstützstaaten.
Natürlich sind diese alten Regime des arabischen Sozialismus Diktaturen (gewesen) mit allen üblichen Eigenschaften. Aber wenn es keine demokratische Mehrheitsoption in diesen fragmentierten Ländern gibt was erntet man dann ? Oder waren in diesen Staaten starke Demokratiebewegungen zu sehen ? Was haben wir denn in Ägypten heute ? (siehe die SWP-Analysen)
Zynisch könnte man meinen „der Libanon funktioniert als Staat mit „inneren Staaten“ irgendwie recht akzeptabel. Sieht so verantwortungsvolle internationale Politik aus ?

Walther Moser schrieb am 14.06.2016

Warum gibt es keine Überlegungen, ob der IS eine völlig einheitliche Gruppierung ist?
Die Führungsebene besteht doch zum großen Teil aus ehemaligen sunnitischen irakischen Offizieren,die von den Amerikanern entlassen worden sind sowie von der neuen schiitischen Regierung mitsamt ihrer sunnitischen Volksgruppe unterdrückt wurden. Warum kann man diese nicht aus der IS-Front herausbrechen zusammen

mit anderen Maßnahmen, den Sunniten zu Frieden zu verhelfen, z.B. auch durch territoriale Neuordnung für Sunniten, Schiiten und Kurden?
Auch im Irak müßte der Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten - eventuell territorial -föderalistisch - gelöst werden.Darüber bemerke ich keine Diskussion.

Galgenstein schrieb am 14.06.2016

Ich bin doch ein wenig erschüttert mit welcher Selbstverständlichkeit hier einem Diktator, der nicht ganz so freundlichen Sorte hier im Forum verbale Unterstützung zuteil wird. Das Assad Regime hatte schon vor dem Bürgerkrieg Zigtausende auf dem Gewissen.
All das scheint nicht zu zählen. Wie bei einem Hund, dem man einen Knochen hinwirft, damit er sich verzieht, wird bereitwillig das Märchen von Assad als der bestmöglichen Lösung für Syrien gefressen, um jede Kritik am Regime zum Verstummen zu bringen.

Adler schrieb am 15.06.2016

Dieser Beitrag ist exemplarisch für eine manipulative

Meinungsbildung! Nicht nicht kommunizieren wird hier gleich gesetzt mit militärischer Intervention. Der Andere passt mir nicht, das wird lauthals getönt, daraus das Recht seiner Abberufung abgeleitet, dann - egal mit welchen Kräften der Versuch der Destabilisierung gemacht, um dann einen Vorwand für militärisches Eingreifen zu finden! Das ist einfach nur perverse Politik und hat mit Friedensbemühungen nicht das Geringste zu tun! - Und mein Vorredner sei gefragt: Wer entscheidet eigentlich, was richtig oder falsch? Doch nicht der, der einmal "demokratische Massstäbe anlegt" und wenn es denn opportun ist, mit Diktatoren gern verhandelt, wenn sie denn Öl liefern, und wegschaut, wenn Demokratie mit Füßen getreten wird?!

Uwe Miltsch schrieb am 15.06.2016

Galgenstein, keiner im Forum hat bestritten das Assad ein mörderischer Diktator ist.
Er hat aber keinen islamischen Terror und keine islamistische Gewaltideologie exportiert.
Gelesene Texte sollten intellektuell verarbeitet werden, bevor man nicht zutreffende Unterstellungen sendet.

Galgenstein schrieb am 20.06.2016

@Miltsch u.a. Das Assadregime einfach gewähren zu lassen bedeutet nichts weiter als zuzuschauen, wie dieses weiterhin lustig all jene hinmordet, die von Assads Herrschaft genug haben. Begründet wird diese Passivität damit, dass jene die aufbegehren durch die Bank sehr viel schlimmer sind als Assad. Auf den IS und einige radikale Kräfte mag das zutreffen. Aber nicht der IS hat den Aufstand gegen Assad angeführt. Der IS kam erst ins Spiel, als sich für ihn Gelegenheit bot, gegen die anderen Aufständischen ins Feld zu ziehen. Das wurde von Assad nicht nur geduldet, sondern war sogar erwünscht. Wie man auf die Schnapsidee kommen kann, dass Assad die beste aller möglichen Optionen für die Menschen in Syrien verkörpert, ist mir ein Rätsel. Assad ist nicht die Lösung sondern Kern des Problems.

E. Schwarze schrieb am 03.07.2016

Galgenstein; warum lassen Sie nicht das syrische Volk entscheiden, was für sie das Beste ist? Warum ist Russland die einzige Partei in diesem Konflikt, die für freie Wahlen (incl. Assad) eintritt? Warum entscheidet

ein US- amerikanischer o. dt. Außen- bzw. Verteidigungsminister wer sich in Syrien zur Wahl stellen darf? Warum ist die Beseitigung eines Diktators kein ausreichender völkerrechtlicher Grund für die Bombardierung eines Staates? Warum bestehen nach wie vor Sanktionen gegen Syrien, welche die eh schon schwierige Situation der Bevölkerung zusätzlich verschlimmern? Warum versinken die meisten Länder in denen der Westen die Opposition "unterstützt" in Chaos u. Anarchie? Warum wird Saudi Arabien nicht bombardiert, dort werden Oppositionelle geköpft... Fragen über Fragen.

E. Schwarze schrieb am 03.07.2016

Werter Herr Hauch, ich halte Ihre Argumentation für zynisch. Wir destabilisieren Länder, z.B. mit Sanktionen, was eine Form von Kriegsführung ist, um den bösen Drachen (Diktator) zu besiegen und die schöne Prinzessin (Opposition) zu befreien. Wenn daraufhin Chaos und Gewalt ausbricht, sind wir leider gezwungen militärisch einzugreifen, richtig? Ich frage Sie ernsthaft: Wieviele 100tausende Menschen in Syrien, Lybien, Irak u.s.w. könnten noch leben, ohne die westliche

Selbstermächtigung zum "Schutz" dieser Menschen?
Aber man kann es natürlich auch wie M. Albright sehen "Eine halbe Mio. tote Kinder im Irak? Ich denke, dass es das wert war."
Jedem Befürworter von Kriegseinsätzen empfehle ich die Doku "Was von Kriegen übrigbleibt" zum Nachdenken.
